

Initiative (EPI) hatte am 14. Dezember die erste Account-zu-Account-Transaktion mit „Wero“ durchgeführt und im Rahmen eines „Proof of Concept“ zwischen der Sparkasse Elbe-Elster und der französischen Banque Populaire und Caisse d'Epargne (Groupe BPCE) den Betrag von 10 Euro transferiert. Ob damit der Erfolg einer europäischen Bezahlwallet begründet wurde, bleibt abzuwarten.

Jedenfalls zeigt die Transaktion aber, dass mit dem Projekt EPI nach einem – objektiv betrachtet – von nicht allzu großer Euphorie getragenen Start nun ein Grundstein für den europäischen Zahlungsverkehr gelegt wurde. Es wird noch ein weiter Weg sein, EPI oder die Wallet „Wero“ als ein erfolgreiches Zahlungsmittel zu etablieren. Darüber hinaus konzentriert sich der Teilnehmerkreis derzeit nur auf Deutschland, Frankreich und die Beneluxländer.

Letztendlich müssen aber die Kunden und Händler überzeugt werden. Vertrauen, Sicherheit, Einfachheit und transparente Kosten sind hier nur einige Stichworte von denen, die es zu beachten gibt. Nur wenn all diese Kriterien erfüllt werden, wird das Produkt die Nutzer überzeugen können. Und auch wenn wir mit EPI beziehungsweise Wero noch am Anfang stehen, lässt sich zu Recht sagen, dass die Privatwirtschaft und die Banken grundsätzlich in der Lage sind, ihren Kunden eine digitale Bezahlmöglichkeit anzubieten, auch über die nationalen Grenzen hinaus.

Anonymität und Geldwäscheprevention vereint?

Wie passt nun also der digitale Euro in diese „Gemengelage“? Fakt ist, der digitale Euro soll wie Bargeld, ein Zentralbankgeld sein. Er würde in einer elektronischen Geldbörse – der sogenannten Wallet – gespeichert werden, die bei der Bank oder einem öffentlichen Intermediär angelegt ist. Einzahlungen in die Wallet würden über ein Referenzkonto oder sogar in bar erfolgen. Elektronische Zahlungen – im Geschäft oder im Internet sodann mit einem Smartphone oder mit einer Karte sowohl online als auch offline. Sollte die Wallet keine notwendige Deckung beinhalten, soll über das Referenzkonto zusätzliche Liquidität transferiert werden können („Wasserfalllösung“).

Zudem gehen die Planungen dahin, möglichst weitgehend Anonymität und Datenschutz zu gewährleisten, gleichzeitig aber auch Aspekte der Geldwäscheprevention zu berücksichtigen. Die EZB weist bislang von sich, dass sie direkte Vertragsbeziehungen mit einzelnen Bürgern errichten möchte. Diese sollen – voraussichtlich auch wegen der damit verbundenen Bürokratie und Erfüllung aufsichtlicher Vorgaben (wie beispielsweise Identifikation) – bei den Banken verbleiben.

Banken stärker einbinden

Mit der Einführung des digitalen Euro würde also ein erheblicher Aufwand auf die Banken zukommen. Investitionen in die technische Infrastruktur und die Kontoverwaltung wären erforderlich. Auf die Frage, ob damit auch ein Mehrwert für selbige verbunden sein wird, erhält man im Augenblick keine klare Antwort. Verschiedene Stakeholdergruppen wurden von der EZB gegründet, um technische Anforderungen und Use Cases zu diskutieren. Eine breitere öffentliche Einbindung findet derzeit aber nicht statt. Und auch von den „externen“ Vertretern der Industrie, die näher eingebunden sind, ist zu hören, dass der Umfang der Materialien und Entwürfe nur schwerlich zu handhaben ist.

Ein Ausbau dieser Beteiligung ist absolut geboten! Dies ist aber auch an anderen Stellen der Fall: So wurde bisher noch nicht ausreichend erforscht, welchen Einfluss der digitale Euro auf die Liquidität der Banken und deren Einlagen für die Kreditvergabe haben kann. Eine Verknappung der den Banken zur Verfügung stehenden Einlagen hätte Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Kreditvergabe und damit wiederum auf die Finanzierung von Investitionen in der Wirtschaft. Zudem könnte sich dieser Effekt in Krisensituationen durch eine Flucht in den Hafen „Digitaler Euro“ verstärken.

Letztlich sprechen wir hier also über die Finanzstabilität. Überlegungen, diesen sogenannten Haltebetrag zu begrenzen, sind bis dato ohne Ergebnis. Der Vorschlag der Kommission lässt diesen Punkt bisher offen und will dies der Entscheidung der Zentralbanken überlassen. Das überzeugt nicht. Hier ist vielmehr der Gesetzgeber mehrfach

gefordert, im Rahmen der vorgesehenen Beteiligungsverfahren eine demokratisch legitimierte Regelung zu finden. Da zudem die bisher genannten Grenzbeträge eher den Eindruck einer überschlägigen Rechnung hinterlassen, wäre eine dahingehend wissenschaftliche Untersuchung wünschenswert. Diese ist bisher nicht in Auftrag gegeben worden.

All dies zeigt, dass die öffentliche Diskussion über die Stärkung des europäischen Zahlungsverkehrs ausbaufähig ist. Wenn wir souveräne Lösungen anbieten wollen, brauchen wir einen tiefergehenden Wissens- und Diskussionsaustausch zwischen den einzelnen Akteuren. Auch sollte nicht der Eindruck entstehen, dass die digitale Bezahlweise dieselbe Anonymität wie Bargeld bieten kann. Ebenso überzeugend sollte dargestellt werden, dass auch diese Bezahlmöglichkeit den Bürgern die Wahl lässt, für Waren und Dienstleistungen digital zu zahlen oder mit ihnen handeln zu können. Wenn aber der Eindruck entsteht, dass dies beispielsweise durch „social scoring“ oder Ähnliches beeinflusst werden kann, ist die gesellschaftliche Akzeptanz digitaler Bezahlweisen schnell verblasst.

Öffentliche Diskussion auf eine breitere Basis stellen

Insofern begrüßen wir es ausdrücklich, dass sich nun auch der Deutsche Bundestag mit der Frage der Einführung des digitalen Euro befassen wird. Wir brauchen diese breite öffentliche Diskussion und auch wir als Branche müssen in dem Rahmen unsere Rolle definieren, um Teil einer Lösung zu sein, die sowohl Souveränitäts- und Finanzstabilitätsaspekte, aber auch marktwirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt.

Und es benötigt vonseiten der EZB und der europäischen Politik eine Antwort auf die fast banale Frage, welchen Vorteil der digitale Euro neben bestehenden digitalen Bezahlmöglichkeiten den EU-Bürgern bringen soll. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Der Verband der Sparda-Banken wird sich auch weiterhin im engen Schulterschluss mit dem BVR und der Deutschen Kreditwirtschaft intensiv an den Diskussionen zur Einführung des digitalen Euro beteiligen. ■